

5. Regionalkonferenz "Aktiv gegen Rechts" am 12. Oktober 2013 in Stolberg

Arbeitskreis: Migranten und Deutsche Hand in Hand gegen Rassismus

Teilhabe heißt nicht nur mitreden, sondern mitentscheiden!

In Deutschland leben ca. 15 Millionen Zugewanderte beziehungsweise deren hier geborene Nachkommen. Fast jeder vierte NRW-Bürger hat eine Migrationsgeschichte. Jeder elfte hat keine deutsche Staatsangehörigkeit.

Die bisherigen Integrationsgipfel und Maßnahmen in den Kommunen sollen auf keinen Fall den Eindruck erwecken, dass es deutschen Politikerinnen und Politiker wie zu Gastarbeiterzeiten ausschließlich um Arbeitskräfte und nicht um die Menschen gehe.

Dennoch gilt weiterhin:

Viele Parteien haben immer noch nicht verinnerlicht, dass nicht nur Fachkräfte gesucht werden, sondern neue Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dies erfordert dringendes Handeln, wie z.B. die Einführung des kommunalen Wahlrechts und das Akzeptieren der doppelten Staatsangehörigkeit.

Die Einführung einer nachhaltigen Integrationspolitik und eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von Migrantinnen und Migranten führen zum gesellschaftlichen Frieden in Deutschland.

Wir möchten hinterfragen, was die Kandidatinnen und Kandidaten zu den Kommunalwahlen 2014 in Bezug auf Integration versprechen und vergleichen dazu die Programme für die wichtigsten Probleme der StädteRegion

1. GESETZGEBUNG, WAHLRECHT (WAHLRECHT FÜR ALLE MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN)

1.1 Wie stehen Sie zur Staatsbürgerschaft für die Migranten? Wann und unter welchen Bedingungen sollte ihnen die deutsche Staatsangehörigkeit verlieht werden?

1.2 Wie ist Ihre Haltung zur doppelten Staatsangehörigkeit? Wie beurteilen Sie die Einführung eines Wahlrechts auf kommunaler Ebene für langjährig hier lebende Nicht EU-Ausländer?

1.3 Wie ist Ihre Beurteilung zur Bewegungsfreiheit von Flüchtlingen?

Ein Teil der Bevölkerung in der Region, nämlich Flüchtlinge im Asylverfahren und Geduldete dürfen ihren Landkreis ohne Sondergenehmigung nicht verlassen. Sie müssen vor fremden Angestellten / Beamten begründen, zu welchem Zweck - ob aus privaten, kulturellen, politischen, gewerkschaftlichen oder anderweitigen Gründen – sie die Region verlassen wollen.

Verlassen die Flüchtlinge den Landkreis ohne Genehmigung, droht ihnen eine Geldstrafe, ein Strafverfahren oder sogar eine Gefängnisstrafe. Dies alles kann nachteilige Folgen bei weiteren Aufenthaltsverfahren haben. Flüchtlinge sind also in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt.

2. WIE BEURTEILEN SIE DIE SCHWEREN EINGRIFFE IN DAS SELBSTBESTIMMUNGSRECHT UND DAS RECHT AUF FREIZÜGIGKEIT?

2.1 Beim Zugang zum Arbeitsmarkt

2.2 Gemischte Integrationserfolge in Europas Zuwanderungsland Nummer 1

Um die Integration der in Deutschland lebenden Migranten zu verbessern, aber auch um Deutschland attraktiver für die durch den demografischen Wandel benötigte weitere Zuwanderung zu machen, sind dringend Maßnahmen nötig. Gezielte Förderung im Bildungssystem ist dabei ein Schlüsselaspekt. Ebenso sollte den Migranten in Deutschland der Zugang zum Arbeitsmarkt und zu einem gesicherten rechtlichen Status inklusive der deutschen Staatsbürgerschaft erleichtert werden. Der überproportionale Anteil von Migranten an prekären Arbeitsverhältnissen muss über einen Mindestlohn und vermehrte Anstrengungen im Bildungssystem verändert werden.

3. GESELLSCHAFTSPOLITIK

Die Integration in einer demokratischen Gesellschaftsordnung kann nur nach demokratischen Prinzipien erfolgen. Diese Tatsache stellt das Fundament für alle Diskussionen über die Integration in der Bundesrepublik Deutschland. Hieraus wird deutlich, dass im Mittelpunkt des Diskussionskomplexes über die Integration das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht. Eine der neuesten Studien zeigt, dass Rassismus bis in die Mitte des unserer Gesellschaft vorgedrungen ist.

3.1 Wie wird Ihre Partei versuchen, gleiche Rechte für Asylsuchende in Deutschland herzustellen?

3.2 Welche Lehren ziehen Sie aus der Aufarbeitung der NSU Verbrechen?

3.3 Wie wird Ihre Partei versuchen, für eine Demokratisierung der Gesellschaft entsprechend Sorge zu tragen, um rassistischen und neofaschistischen Ideologien den geistigen Nährboden zu entziehen?

3.4 Wie ist Ihre Haltung zum Verbot aller neofaschistischen Gruppen?

3.5 Was plant Ihre Partei, um Rassismus und Diskriminierung intensiv zu bekämpfen?

3.6 Treten Sie dafür ein, dass Städte, Länder und der Bund den öffentlichen Wohnungsbau zur Linderung der Wohnungsnot und zur Gewährleistung bezahlbarer Mieten fördern?

4. IHRE HALTUNG ZUR KULTURELLEN VIELFALT (INTERKULTURELLE INTEGRATION)?

Die Schuldebatte, die Charta der Vielfalt, Bleiberechtsfragen, Flüchtlingspolitik, Einbürgerungskampagnen oder der neue Haushalt sind Themen, mit denen sich der Integrationsrat dringend befassen müsste. Auch an den Vorbereitungen zur Demonstration gegen Neonazis sollten Integrationsräte beteiligt sein.

- 1. Wie kann die Rolle der Integration im Rahmen der Kommunalpolitik gestärkt bzw. verbessert werden? Was halten Sie von Quoten für Migranten?**
- 2. Welche Teilhabestrategie würden Sie befürworten?**
- 3. Ihre Beurteilung über die Förderung der Mehrsprachigkeit, d.h. ist die Erhöhung des Stellenwertes der vom Elternhaus mitgebrachten Herkunftssprache, etwa genauso wichtig und versetzungsrelevant wie etwa eine Pflichtfremdsprache Englisch?**
- 4. Wie viele Kandidat/innen mit Migrationshintergrund gibt es in Ihrer Partei?**
- 5. Welchen Anteil von Migranten gibt es derzeit in der Stadtverwaltung? Soll die Zahl erhöht werden? Wie soll dies realisiert werden?**
- 6. Wie sehen Sie das Verhältnis von Integration zu Assimilation? Die Integration ist keine Einbahnstraße. Wie kann, wie soll sich die Mehrheitsgesellschaft verändern? In wie weit ist das Aufzwingen irgendeiner „Leit-kultur“ mit dem Grundgesetz kompatibel?**
- 7. Ist Religion für Sie im demokratischen Staat Privatsache? Wie wichtig ist Ihnen der laizistische Gedanke? Wie stehen Sie zum Subsidiaritätsprinzip für nichtchristliche Religionen?**
- 8. Welche Möglichkeiten sehen Sie, Vereine der Migranten in die Arbeit von Integrationsräten einzubeziehen? Z.B. durch Vernetzung der vorhandenen Initiativen,...**